jetzt kaum Zeit und Fahrgeld! — um im Einzelfalle die maßgebende Auskunft zu finden. Hier können Auskunftsstellen bei Hilfsvereinen nützlich eingreifen, um Geld und Zeit armer Volksgenossen zu sparen, denn Sparen, auch im kleinen, soll ja die Losung des Wiederaufbaues sein!

Unendlich viel wird schon getan durch große Spenden an bekannte, große, öffentliche Wohltätigkeitsorganisationen. Man denke nur in den heutigen Tagen an die nicht hoch genug zu schätzende Hilfe der Deutsch-Amerikanischen Gesellschaft, an die Spenden aus dem benachbarten Bruderlande Deutsch-Oesterreich, an die Studentenhilfen aus England, den skandinavischen Ländern, Spanien und nicht zuletzt vom Vatikan. Es sind Massengelder, die an die Massen verteilt werden, und bei dem großen Elend fallen doch oft trotz der großen Summen nicht selten nur kleine Spenden auf den einzelnen. Auch im Krieg gegen die Not findet der Ausspruch Montecucculis Berechtigung: es gehört dazu Geld, Geld, und nochmals Geld!

Vermittler für sinngemäße Verteilung können die Hilfsvereine sein, um so mehr, als bei der noch krankhaften politischen inneren Zersplitterung heutzutage Angehörige einzelner Länder zuweilen eine unverdiente Abweisung erfahren können. Sie haben für Meinungsverschiedenheiten und Fehler einzelner Stellen dann schuldlos zu leiden, wenn es heißt: „Geht in Eure Heimat zurück, bei uns gibt es nichts für Euch aus ..., wir haben hier nur Mittel für eigene Landsleute!" Arme Deutsche! So begreiflich trotzdem bei unparteiischer Betrachtung solche Abweisungen manchmal sein mögen zur Vermeidung der Zersplitterung der zur Verfügung stehenden Gaben, so hart ist es für den Abgewiesenen, der nicht in die Heimat zurück kann. Er wird verbittert und verprellt und geht nicht selten einem moralischen und physischen Tod entgegen. Oft liegt es aber auch an dem Ton der durch Not und Entbehrung nervösgereizten Gesuchsteller, daß Behörden bei eigener Ueberarbeitung die Ansprüche und Bitten zunächst ablehnen. Auch hierbei kann Arbeit in Hilfsvereinen vermittelnd und aufklärend eingreifen zum Wohl des Ganzen.

Früher sollte solches soziale Interesse mit zu den Aufgaben der innerdeutschen Gesandtschaften und Konsulate gehören, die doch nicht nur die Verbindungsorgane zwischen den einzelnen Regierungen bei politischen und wirtschaftlichen Fragen darzustellen hatten, sondern auch die Interessen der einzelnen Landsleute wahren und sich Kenntnis über die Kolonie ihrer Stammesgenossen verschaffen sollten. Bei vielfacher Aufhebung dieser Behörden sind nun die Hilfsvereine für die Armen die einzige Stelle, wo sie Aussprache, Rat, Belehrung und Hilfe suchen. Der nun entstandene eigene Begriff eines sozialen Konsuls, eines landsmännischen Beraters, liegt jetzt ausschließlich bei ihnen, im Sinn ihrer karitativen Ziele. Daher sei gerade in jetziger Zeit höchster Not auf den Wert dieser sozialen Selbsthilfe hingewiesen, deren Anerkennung und Unterstützung von allen volksfreundlichen Kreisen zu wünschen ist.

Je mehr wieder die Armenpolitik, die Bedeutung der Fürsorge für das ganze Gesellschafts- und Wirtschaftsleben erkannt wird, desto größer werden auch die gemeinsamen Aufgaben von Staat und privaten Hilfsvereinigungen. Diese zu unterstützen, sei den Regierungen und Einzelpersonen im Sinne des Wiederaufbaues erneut ans Herz gelegt. Die Anerkennung hierfür gipfelt heutzutage nicht in Titeln und bunten Bändern, sondern im inneren Gefühl der Befriedigung, die Pflicht dem Nächsten gegenüber zu erfüllen, sein Volk zu retten. Armenpolitik ist Volkspolitik, Volksversorgung, Volksaufbau, Staatsaufbau.

Das kommunistische Narrenspiel im Reichstag.

Der Einspruch Remmeles abgewiesen.

Berlin, 4. Juni. Die Regierungstische sind unbesetzt.

Präsident Wallraf teilt mit, daß ein Protestschreiben des Abg. Remmele (Komm.) gegen seinen Ausschluß eingegangen ist. Ueber den Protest hat der Reichstag ohne Debatte zu entscheiden. Remmele erklärt in dem Schreiben seinen Ausschluß als formell und sachlich unbegründet: Er protestierte gegen den Ausschluß, der nur dem Uebereifer und der Parteilichkeit des Präsidenten zuzuschreiben sei. Erst nachdem der Präsident gestern sachlich völlig unberechtigt und mit Parteilichkeit kurz nacheinander zwei Ordnungsrufe gegen ihn, Remmele, erlassen hatte, seien die Worte „unverschämter Kerl" ausgesprochen worden. (Hört, hört! Unruhe rechts.)

Präsident Wallraf schlägt vor, daß das Haus über den Einspruch sofort entscheide.

Abg. Scholem (Komm.) beantragt namentliche Abstimmung. Ein solcher Antrag muß von 50 Abgeordneten unterstützt werden. Für den Antrag erheben sich nur die Kommunisten. Der Präsident bemerkt, daß nach der Zählung der Führer nur 44 kommunistische Abgeordnete anwesend seien. (Zuruf bei den Kommunisten: „Die anderen sitzen im Gefängnis!") Der Antrag auf namentliche Abstimmung ist also nicht genügend unterstützt.

Der Einspruch Remmeles wird nur von den Kommunisten unterstützt, ist also abgelehnt. (Pfuirufe bei den Kommunisten.)

Abg. Scholem erklärt, die kommunistische Fraktion fühle sich veranlaßt, zur Geschäftsordnung darauf aufmerksam zu machen, daß das Haus heute unter eigenartigen Umständen tage. Vor Beginn der Tagung habe eine Hundertschaft Schupo die Eingänge besetzt, eine völlig kriegsmäßig ausgerüstete Hundertschaft (Beifall rechts), die aufmarschiert sei in militärischer Form, und die in das Haus geführt worden sei. (Beifall rechts.) Seine Freunde fragten, zu welchem Zwecke neben der Schutzbelegung, die schon an sich eine Schande für den Reichstag sei, noch eine besondere Hundertschaft aufgeboten worden wäre. Vielleicht gedenke man, sie in Erinnerung an Herrn von Oldenburg-Januschau* in den Sitzungssaal einmarschieren zu lassen. Ferner mache seine Fraktion darauf aufmerksam, daß neben diesen uniformierten Schutzleuten ein Heer von Spitzeln in Tätigkeit sei, darunter etliche Galgenvogelgesichter. (Stürmische Heiterkeit rechts. Abgeordnete der Rechten zeigen auf den Abg. Scholem, die stürmische Heiterkeit dauert an. Glocke des Präsidenten.) Ich vernehme sagte Scholem, mit Verwunderung, daß die Erwähnung der draußenstehenden Galgenvögel bei einigen Mitgliedern des Hauses auf sehr große Sympathie stoße. Also es stehen draußen eine Reihe von Galgenvögeln. (Stürmische Heiterkeit rechts.) Was ist der Zweck dieser Galgenvögel? Sollen sie dieses Schandparlament vor der Anwesenheit des Abg. Remmele schützen? Dazu hat man sich veranlaßt gesehen, einige Dutzend dieser Achtgroschenjungen hier aufmarschieren zu lassen. Wir verlangen, daß der Reichstag den Präsidenten auffordert, von derartigen unwürdigen Maßnahmen abzusehen. (Rufe rechts: Cholerabazillen!)

Präsident Wallraf ruft Scholem wegen des Ausdruckes „Schandparlament" zur Ordnung (Beifall) und fährt fort: Ich habe Herrn Scholem zu erwidern, daß die Vorsichtsmaßregeln leider Gottes haben angewandt werden müssen, vielmehr als bei früheren Angelegenheiten, ich glaube der Reichstag wie sein Präsident werden sich freuen, wenn derartige Vorsichtsmaßregeln für die Zukunft sich erübrigen. (Beifall.)

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten: Fortsetzung der Beratung des Berichtes des Geschäftsordnungsausschusses über den Antrag betr. Einstellung des Strafverfahrens und Aufhebung gegen die kommunistischen Abgeordneten Pfeiffer, Schlecht und Lindau. — Abg. Koenen setzt seine gestrige Rede fort.

Redner greift die Sozialdemokraten lebhaft an, denen er Knechtseligkeit gegenüber monarchistischen Präsidenten vorwirft. Er wird vom Präsidenten zur Sache gerufen.

Abg. Scholem (Komm.): Kritik an Seiner Majestät Wallraf ist nicht gestattet. (Gegenrufe rechts: Unverschämtheit!)

Abg. Koenen fährt fort: Der Präsident hat bewußt die Führung in der Kommunistenhetze übernommen.

Präsident Wallraf: Stören Sie doch nicht systematisch unsere Verhandlungen. Ich bitte Sie, sich an die Sache zu halten.

Abg. Koenen kehrt sich jedoch nicht an die Mahnung, spricht von sogenannter Kommunistenhetze seitens der Sozialdemokraten, Emmingerei des Reichstages, Verbindung der Abgeordneten Wulle, Graefe, Reventlow und Kube mit Mordbanditen. Kube habe die Unterlagen beschafft, auf Grund deren Leutnant Müller dann erschossen worden sei. (Kube: Du wirst mit orientalisiert!) Der Jude Weiß lasse die Deutschvölkischen laufen, hinter den Kommunisten schicke man Spitzel her. (Abg. Kube: Das müssen Sie Severing sagen!) Ja, Severing versteht das Spitzeln am besten, aber Severing und Weiß seien sich mit Hitler und Ludendorff einig. (Lachen.) Der Staat, der sie alle verbindet, sei der kapitalistische Ausbeuterstaat. Die Kommunisten befänden sich in der Notwehr und würden ihre politischen Aktionen fortsetzen. (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Die Folge davon ist die zwölf- und vierzehnstündige Arbeitszeit. Widerspruch bei den Komm.)

Nachdem Vizepräsident Dr. Rießer den Redner mehrmals aufgefordert hat, zu schließen, schwellen bei der Mehrheit die Rufe: Schluß! Schluß! immer mehr an. Unter großer Unruhe schließt Koenen seine 1½stündige Rede. (Die Kommunisten klatschen in die Hände.)

(Bei Schluß der Redaktion dauert die Sitzung fort.)

Der unsichtbare Remmele.

Berlin, 4. Juni. Da das Schreiben des Reichstagspräsidenten an den Abgeordneten Remmele, durch das ihm auch das Betreten des Reichstagsgebäudes untersagt wird, nicht zugestellt werden konnte, weil Remmele nicht auffindbar war, ist an den Portalen des Reichstages eine Abschrift des Briefes bereitgehalten, die ihm sofort überreicht werden soll, falls er das Haus betreten will. In derselben Weise ist im vorigen Reichstage Präsident Loebe verfahren, als er damals gleichfalls einen Abgeordneten auf zwanzig Sitzungstage ausschließen mußte. Ob Remmele nicht etwa über Nacht im Reichstagsgebäude geblieben ist, hat nicht festgestellt werden können.

Vor der Präsidentenwahl in Frankreich.

Millerand appelliert an das Parlament.

Paris, 4. Juni. In den Kreisen der neuen Mehrheit besteht kein Zweifel mehr darüber, daß Anfang nächster Woche die Lage soweit geklärt ist, daß die französische Nationalversammlung in Versailles die Wahl eines neuen Präsidenten der Republik abhalten wird. Zwar nehmen die Blätter, die dem Elysee nahestehen, an, Millerand werde diesen Kampf zu Ende führen. Man spricht von einer parlamentarischen Schlacht, aber bei alledem könne es sich doch höchstens noch, so führen die Blätter des linken Blocks ihrerseits aus, um ein Rückzugsgefecht handeln. Ein Teil der Presse macht den Versuch, um die Abstimmung, die gestern in den verschiedenen Fraktionen des Senats stattgefunden hat, in dem einen oder anderen Sinne auszulegen. Die Tatsache jedoch bleibt bestehen, daß die demokratische Linke des Senats, die sich auf den Boden des linken Kartells gestellt hat, allein schon für sich etwas mehr als die Hälfte der Senatsmitglieder umfaßt. In politischen Kreisen gilt es mehr als wahrscheinlich, daß Millerand nicht darauf verzichten wird, seine vielbesprochene Botschaft an das Parlament zu richten, und die Abstimmung hierüber stattfinden lassen wird, falls, wie vorausgesehen ist, die Führer des Linksblocks die Bildung eines Kabinetts ablehnen, ohne vorherige Zusicherung der Demission Millerands.

Ganz abgesehen von den rein persönlichen Problemen, die in der Frage der Präsidentschaftskrise auftauchen, wird von politischen Kreisen bemerkt, daß das von Herriot in seinem Brief an Blum veröffentlichte Programm der kommenden Linksregierung zu unmittelbaren Konflikten mit dem augenblicklichen Präsidenten der Republik führen müßte und daß also bei einem etwaigen Verbleiben Millerands schon aus rein sachlichen Gründen ständig Konfliktsstoffe zwischen dem Parlament und dem Präsidenten vorhanden wären.

Ein persönlicher Freund Millerands erklärte einem Mitarbeiter des „Journal", Millerand, der dem Eisenbahnerstreik seinerzeit entgegengetreten sei, sich für Polen gegen die Sowjet-Regierung eingesetzt habe, der für die Wiederherstellung der Beziehungen mit dem Vatikan eingetreten sei als er noch Ministerpräsident war, könne als Präsident der Republik an die Wiedereinstellung der seinerzeit nach dem Streik entlassenen Führer nicht denken, noch einem Bruch mit dem Vatikan oder irgendeiner Schwenkung der nationalen Regierung zustimmen. Er würde gern und aufrichtig an einem fruchtbaren Reformwerk mit dem Führer der neuen Mehrheit zusammenarbeiten, könne sich aber nicht einer Arbeit hingeben, die darauf ausgehe, Maßnahmen hinfällig zu machen, für die er sich seinerzeit als Abgeordneter eingesetzt habe. In Erwartung der bevorstehenden neuen Präsidentenwahl werde übrigens berichtet, daß der Saal, in dem die Nationalversammlung in Versailles in derartigem Falle zusammenzutreten pflegt, bereits für eine bevorstehende Sitzung in Ordnung gebracht wird.

Millerand als künftiger Oppositionsführer.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Paris, 4. Juni. Dem „Oeuvre" zufolge wird Millerand nach seinem Rücktritt in dem Departement Meurthe et Moselle an Stelle eines verstorbenen Abgeordneten als Kandidat für die Kammer auftreten. Millerand wird alsdann in seiner Eigenschaft als Abgeordneter Führer der Opposition in der Kammer werden.

Die Stimmenzahl für und gegen Millerand.

(Durch Funkspruch.)

Paris, 4. Juni. „Petit Parisien" stellt ziffernmäßig dar, wie Kammer und Senat sich zur Frage der Demission Millerands stellen. Danach stimmen in der Kammer für die Demission die Sozialisten, die sozialistischen Republikaner, die sozialistischen Radikalen und einige Mitglieder der radikalen Linken. Das sind nach der am Sonntag in der fraktionellen Besprechung festgesetzten Zahl 307 Abgeordnete. Gegen die Demission stimmen die demokratische Linke, die Links-Republikaner und die republikanisch-demokratische Union, im ganzen 180 Abgeordnete.

Im Senat handelt es sich um vier Gruppen: die demokratische Linke mit 165 Mitgliedern, die republikanische Union mit 90, die republikanische Linke mit 32 und die Rechte mit 10 Senatoren. Sechs Senatoren sind bei keiner Fraktion eingeschrieben. Auch sind zwei Sitze vakant. Die stärkste Gruppe, die demokratische Linke, hat sich mit 122 gegen 5 Stimmen der Resolution des Kartells der Linken angeschlossen. Dagegen hat die republikanische Union, der Poincaré angehört, und die republikanische Linke einstimmig gegen jede Beeinträchtigung der Dauer des Mandats gestimmt, das die Nationalversammlung dem Präsidenten der Republik erteilt hat. Es würden also 122 Senatoren gegen Millerand stimmen und 123 für ihn. (W. T. B.)

Ablösung der belgischen Besatzungstruppen.

Brüssel, 4. Juni. Die belgischen Besatzungstruppen an der Ruhr werden durch die 7. Division abgelöst werden, die unter dem Befehl des Generals Borremans steht.

Die Plädoyers im Thormann-Prozeß.

Berlin, 4. Juni. Zu Beginn der heutigen Verhandlung erklärte Justizrat Hahn, das Verhältnis zwischen der politischen Polizei und dem Reichskommissariat für die öffentliche Ordnung als für die Dauer unhaltbar. Tettenborn sei ein Neurastheniker, ein verbohrter Parteifanatiker, der ohne Wissen seiner Führer Politik auf eigene Faust zu machen gesucht habe. Die Frage, ob Justizrat Claß vereidigt werden solle oder nicht, hänge mit Grandels Geständnis zusammen. In diesem sogenannten Geständnis seien aber, wie die Beweisaufnahme ergeben habe, vier Punkte falsch, da Claß an Grandel nicht 16 000 M. gezahlt, da Thormann an Köpke nicht die Waffe gegeben und da Thormann von Grandel kein Geld erhalten habe. Claß, der seit 20 Jahren im öffentlichen Leben stehe, der von den Franzosen von Haus und Hof vertrieben sei, sei ein Ehrenmann durch und durch. Der Staatsgerichtshof, in dem Politiker aller Richtungen säßen, habe das Verbot des Alldeutschen Verbandes aufgehoben und in den Urteilsgründen heißt es: „Justizrat Claß ist ein bekannter, ernster, im öffentlichen Leben stehender Mann, dem Ausschreitungen oder Unbesonnenheiten nicht zuzutrauen sind." Wenn der Staatsanwalt glaube, seine Vorwürfe gegen Claß auf die „Echte Diktatur" spitzen zu können, so übersehe er, daß es doch möglich sei, auf Grund der Artikel 1 und 76 die Ausschaltung des Parlamentarismus vorzunehmen. Es gäbe sehr viele Leute, die den heutigen Parlamentarismus, die Art, in der regiert würde, für ein Unglück hielten. Man habe daran gedacht, dem Inhaber der militärischen Gewalt alle Macht in die Hand zu legen, aber solle daraus die Beseitigung des Herrn von Seeckt herausgelesen werden? Justizrat Claß verwahre sich mit Recht dagegen, daß er Seeckt zum Treubruch habe verleiten wollen. Claß habe die Diktatur betrieben, Seeckt das Direktorium mit Minou und Wiedfeld. General von Seeckt sei nicht durchgekommen und habe die Sache laufen lassen. Das sei der Vorwurf, den der Alldeutsche Verband gegen Seeckt erhebt, aber von einer Beseitigung des Generals könne nie und nimmer die Rede sein.

Der Verteidiger beantragt die Vereidigung des Justizrats Claß.

Verhaftung eines Roßbachführers.

München, 4. Juni. Der Führer der nationalsozialistischen Roßbach-Gruppe, Leutnant Heines, wurde verhaftet und nach Landsberg eingeliefert. Er wurde seinerzeit wegen Beihilfe zum Hochverrat zu einem Jahr drei Monaten Festungshaft verurteilt und ihm Bewährungsfrist zugebilligt.

Französische Angst vor deutschen Studenten.

Essen, 4. Juni. Die Vereinigung Kyffhäuserverband der Vereine deutscher Studenten ist von der Besatzungsbehörde aufgelöst worden, weil sie eine „Gefahr" für die Sicherheit der Besatzungstruppen und für die öffentliche Ordnung darstelle.

Entweder — oder.

Berlin, 4. Juni. Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie haben die Geschäftsführung beauftragt, allen denjenigen Mitgliedern der Industriellen-Vereinigung, die dem Reichsverbande angehören, nahezulegen, sich in voller Kenntnis der Sachlage zu entscheiden, ob sie in Zukunft dem Reichsverband oder der Deutschen Industriellen-Vereinigung angehören wollen.

(Die Deutsche Industriellen-Vereinigung hatte sich bekanntlich gegen das Sachverständigengutachten erklärt.)

Transportarbeiterstreik in Hamburg.

Berlin, 4. Juni. Wie die Blätter aus Hamburg melden, streiken dort die Transportarbeiter des gesamten gewerblichen Fuhrwesens. Die Reichseisenbahndirektion Altona hat sich infolgedessen genötigt gesehen, eine Gütersperre anzuordnen. Es werden nur Eil- und Expreßgüter befördert.

Englischer Druck in der Entwaffnungsfrage.

Berlin, 4. Juni. (Privattelegramm.) Die „Times" meldet aus Berlin: Der Besuch des englischen Botschafters im Auswärtigen Amt hat nicht der Frage der Regierungsbildung in Deutschland gegolten, sondern lediglich der letzten alliierten Entwaffnungsnote. Der englische Botschafter hat die Stellungnahme Deutschlands zu den Entwaffnungsforderungen sondiert und besonders auf die Einigkeit aller Alliierten hingewiesen, die Entwaffnungsforderungen unbedingt und beschleunigt durchzuführen, wenn Deutschland ihre freiwillige Annahme nicht bis Ende Juni ausspricht.

Sir Robert Horne glaubt an die Zukunft Europas

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Paris, 4. Juni. Vor etwa 100 Mitgliedern der englischen Handelskammer fand gestern ein Frühstück zu Ehren des früheren englischen Schatzkanzlers Sir Robert Horne statt, bei dem dieser eine Rede hielt, in der er sein Vertrauen auf die Zukunft Europas äußerte, und erklärte, daß die augenblickliche Situation zum Optimismus berechtige. Die europäischen Probleme seien einer grundsätzlichen Lösung nahe. Die Tatsache, daß Deutschland zu seinem eigenen Wohl den Dawes-Plan annehmen und ausführen müsse, ließe eine Aera des Aufblühens unter einträchtigen Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und England voraussehen. Ueber die Währungskrise erklärte Sir Robert Horne: Ich glaube, verstanden zu haben, daß Herriot hofft, den Frankenkurs zu 70 und 80 im Verhältnis zum Pfund Sterling stabilisieren zu können. Ich wäre sehr glücklich, wenn dies geschehe. Vielleicht ist das nur eine Hoffnung, aber es wäre ein Glück, wenn diese Hoffnung verwirklicht werden könnte.

Amerikanische Stimmung gegenüber Deutschland.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

London, 4. Juni. Aus Washington wird dem „Exchange Telegraph" gemeldet, daß die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten mit elf gegen acht Stimmen die Gesetzesvorlage Fish verworfen hat, die die zwangsweise Aufbringung von 10 Millionen Dollar zur Hilfeleistung in Deutschland fordert. Die Kommission hat sich ebenfalls mit neun gegen acht Stimmen gegen einen Vorschlag ausgesprochen, der eine Untersuchung einleiten sollte, in welchem Maße Deutschland an dem Kriege schuld sei.

Dr. Seipels Befinden.

(Durch Funkspruch.)

Wien, 4. Juni. Das ärztliche Bulletin über das Befinden Dr. Seipels von ½8 Uhr morgens besagt: Der Bundeskanzler hat die Nacht gut schlafend verbracht. Temperatur 37,8, Puls 100, Atmung 28, subjektives Befinden und objektiver Befund zufriedenstellend. (W. T. B.)

Jaworek leugnet.

(Durch Funkspruch.)

Wien, 4. Juni. Der Attentäter Jaworek hielt wie die offiziöse Polizeikorrespondenz meldet, bei allen bisherigen Verhören an seinen ursprünglichen Aussagen fest, daß er den Anschlag auf den Bundeskanzler aus eigenem Antriebe ohne irgendwelche Mittäter verübt habe. Nach den angestellten Nachforschungen war Jaworek bei seinen Arbeitskollegen nicht beliebt. (W. T. B.)

Das Frauenstimmrecht in England.

London, 4. Juni. Der ständige Ausschuß des Unterhauses hat mit 38 gegen 11 Stimmen den Antrag des Arbeiterparteilers Adamson angenommen, der den Frauen vom 21. Lebensjahre an das Stimmrecht in demselben Umfange wie den Männern gewährt. (W. T. B.)